

20. Juli 1915

Keine Erhöhung der Höchstpreise für Brotgetreide.

N. Berlin, 19. Juli. (Priv.-Tel. Str. Bln.) Der allgemeine Protest, den die offiziöse Ankündigung hervorrief, daß die Reichsregierung beabsichtige, die Höchstpreise für Brotgetreide heraufzusetzen, hat anscheinend seine Wirkung nicht verfehlt. Denn es verlautet jetzt aus Regierungskreisen, daß man diese Absicht fallen gelassen habe. Daß sie aber tatsächlich bestanden hat, und daß wir Recht daran getan haben, sofort in Gemeinschaft mit hervorragenden Körperschaften des ganzen Deutschen Reiches dagegen Stellung zu nehmen, kann nicht bestritten werden, und es wird sogar von einer Korrespondenz, die zu gewissen Bundesratsmitgliedern Beziehungen unterhält, zugegeben, daß der preußische Landwirtschaftsminister in Anbetracht der gesteigerten Erzeugungskosten und anderer für die Landwirtschaft, namentlich im Osten der Monarchie ungünstiger Umstände, eine Erhöhung für wünschenswert gehalten habe. Aber, so wird dann weiter hinzugefügt, das preußische Landwirtschaftsministerium habe seine Wünsche hinter die allgemeinen Staats- und Reichsinteressen zurückgestellt.

Aus dieser Mitteilung ist deutlich ersichtlich, daß die offiziöse Ankündigung über die Erhöhung der Brotgetreidepreise und damit natürlich auch der Mehl- und Brotpreise selbst ein Versuchsballon war, und daß das preußische Landwirtschaftsministerium versucht haben würde, seine Wünsche durchzusetzen, wenn nicht sofort in so einmütiger Weise Widerspruch dagegen erhoben wäre.

Erfreulicherweise erfährt man aus der Korrespondenz weiter, daß auch die Militärverwaltung zu den Protestierenden gehört hat. In einer Ministerialsitung soll sich die Militärverwaltung gegen eine allgemeine Erhöhung der Höchstpreise ausgesprochen haben, mit Rücksicht auf ihren großen Bedarf an Brotgetreide. Wir würden uns freuen, wenn diese Nachricht noch dahin ergänzt werden würde, daß nicht bloß die fiskalischen Rücksichten die Militärverwaltung zu dieser Stellungnahme veranlaßt haben, sondern daß bei ihr, die durch ihre Erlasse gegen die Bucherpreise an verschiedenen Orten viel Verständnis für die Erfordernisse der Zeit gezeigt hat, auch Gründe allgemeiner Natur mit ausschlaggebend gewesen sind. Denn wir haben schon einmal hervorgehoben, daß ebenso notwendig wie genügend Truppen und Munition auch eine zufriedene Stimmung in der Heimat zum Kriegsführen ist, und der Opfermut des deutschen Volkes hätte sicherlich eine schwere Einbuße erlitten, wenn jetzt ohne ersichtlichen und ausreichenden Grund das wichtigste Nahrungsmittel, das Brot, weiter verteuert worden wäre.

Daß bei der Regierung auch die Erwägung mitgewirkt haben wird, daß es im Reichstage bei einer Erhöhung der Brotgetreidepreise eine heftige Debatte gegeben und der Reichstag auf Grund des Ermächtigungsgesetzes den Bundesratsbeschluß aufgehoben haben würde, nehmen wir als selbstverständlich an, und gerade diese Erwägung wird hoffentlich auch künftig mit dazu beitragen, den Bestrebungen bestimmter Interessentengruppen von vornherein die Aussicht auf Erfolg zu nehmen.

Wie wir schon gemeldet haben, will der Bundesrat noch Ende dieser Woche seinen Beschluß über die neuen Höchstpreise für Getreide fassen. Die erwähnte Korrespondenz glaubt, da außer dem preußischen Landwirtschaftsministerium keine der einzelstaatlichen Regierungen einen Wunsch auf Erhöhung der Höchstpreise geäußert hat, daß der Bundesrat voraussichtlich einstimmig es bei den bisherigen Preisfestsetzungen lassen werde. Mit einer Herabsetzung der Preise, wie sie mit guten Gründen von einer ganzen Reihe angesehener Körperschaften und Organe gefordert worden ist, könne allerdings nicht gerechnet werden, und es werde auch unter gewisser Vereinfachung bei der Staffelnung mit höheren Sätzen für den Süden und Westen bleiben.

Wir wollen sehen, ob sich die Mitteilungen der Korrespondenz bewahrheiten werden. So viel steht allerdings fest, daß ein Heraufgehen über die jetzigen Höchstpreise in den weitesten Schichten unseres Volkes die größte Erregung hervorrufen würde, und deshalb können wir nach wie vor nicht glauben, daß auch erneute Bestrebungen in diesem Sinne bei der Reichsvertretung auf fruchtbaren Boden fallen werden.